

PRESSEERKLÄRUNG  
des Gesamtpersonalrates der Humboldt-Universität zu Berlin

**Einseitige Solidarität nach dem Motto  
„Friss Vogel oder stirb“**

**"Solidarpakt"-Gespräche und Glaubwürdigkeit der Berliner  
Koalitionspolitiker**

In den seit Monaten geführten Gesprächen mit den Gewerkschaften ver.di, GEW und GdP versucht der Berliner Senat, die an der Berliner Finanzkrise gänzlich unbeteiligten Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und letztlich alle Berlinerinnen und Berliner zu einer sogenannten Solidarität mit über zehnjähriger erfolgreicher Misswirtschaft von CDU und SPD zu zwingen. Herr Wowereit und seine rot-roten Koalitionäre von der für die Finanzkatastrophe direkt mitverantwortlichen SPD und der inzwischen machtfixierten PDS nennen diese Gespräche daher "Solidarpakt-Gespräche". Treffender wäre wohl die Bezeichnung "Solidarpakt-Diktat".

Nach seinen schon bekannten Plänen zu einer zerstörenden Sanierung der Berliner Infrastruktur offerierte der Senat am 30.9.02 sein "Solidarpakt-Angebot" an die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Bundeshauptstadt, nachdem er das Ergebnis dieses Angebots – ohne die Betroffenen zu fragen – bereits in den Berliner Haushalt eingestellt hatte. Das „Angebot“ besteht in der Streichung bzw. Halbierung des Weihnachtsgeldes, der Streichung des Urlaubsgeldes und dem Einfrieren der Einkommen der öffentlich Bediensteten. Die auf konsequente Ausschöpfung der Altersteilzeit- und Vorruhestandsmöglichkeiten abzielenden Vorschläge der Gewerkschaften wurden von der Senatsseite genau so wenig beachtet, wie das Angebot der Gewerkschaften für gemeinsame Solidargespräche mit Politikern und Bankenvertretern (den Hauptprofiteuren der Landesverschuldung). Der geplante rot-rote Raubzug wird demagogisch als "Solidarbeitrag" des öffentlichen Dienstes zur Haushaltssanierung dargestellt, der bei Strafe betriebsbedingter Kündigungen erzwungen werden soll. Diese würden dann hauptsächlich zu Lasten der Ost-Beschäftigten gehen, für die bekanntlich auch nach langjähriger Tätigkeit im öffentlichen Dienst kein Kündigungsschutz besteht. Damit das Senatsvorhaben gelingt, sollen Tarifautonomie und Flächentarifvertrag über Bord geworfen werden.

Wir sind der Auffassung: Eine durch Personal- und Dienstleistungsabbau, Leistungskürzungen, Privatisierung öffentlicher Aufgaben und die Beseitigung tarifvertraglicher Rechte betriebene Haushaltssanierung hat nichts mit Solidarität zu tun!

Wir unterstützen nachdrücklich die Haltung unserer Gewerkschaften bei den bisherigen "Solidarpakt"-Gesprächen. Zugleich verurteilen wir die verlogene Argumentation des Senats, mit der die Gewerkschaften diskreditiert und unter Druck gesetzt werden sollen.

Wenn die Berliner Landesregierung in der äußerst angespannten Finanzsituation ernsthaft solidarisches Verhalten der Beschäftigten einfordert, ist es ratsam, sich das sehr zwiespältige Verhältnis der jetzt in Berlin Regierenden zu den Themen Solidarität und Gerechtigkeit in Erinnerung zu rufen.

Bereits seit über 10 Jahren erbringen die im Tarifkreis Ost Beschäftigten einen besonderen Beitrag zugunsten der Berliner Landeskasse (u.a. geringere Einkommen in der Zeit vor dem 1.10.1996, bis heute weniger Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie eine um 1,5 Stunden pro Woche längere Arbeitszeit, erheblich schlechtere zusätzliche Altersversorgung).

"Belohnt" wurden diese Berliner für ihren Sonderbeitrag mit einer Kürzung ihrer Einkommen um 1,41%, beschlossen im Juni 2002 – ein sehr anschauliches Beispiel für die Unredlichkeit und Unglaubwürdigkeit auch der jetzigen, nunmehr rot-roten Landespolitiker, die lediglich verbal für Solidarität und Gerechtigkeit eintreten. Von den Koalitionsparteien und insbesondere von den Herren Marian Krüger (PDS-Fraktion, Haushaltsexperte), Stefan Liebich (Vorsitzender der PDS-Fraktion, Landesvorsitzender der PDS Berlin) und Michael Müller (Vorsitzender der SPD-Fraktion) war vielfach zu hören, diese Einkommenskürzung wäre eine Einkommensangleichung von Ost an West, denn die Ost-Beschäftigten hätten ohne den 1,41%-Abzug ein überhöhtes Einkommen.

In Wirklichkeit finanzieren die Beschäftigten im Tarifkreis West seit ca. 2 Jahren mit 1,41% des Einkommens ihre zusätzliche Altersversorgung mit. Die Beschäftigten im Tarifkreis Ost tun Vergleichbares (noch) nicht, da ihre zusätzliche Altersversorgung noch für längere Zeit deutlich geringer sein wird als die ihrer West-Kolleginnen und -Kollegen. Diesen Fakt verschweigen die rot-roten Koalitionäre ganz bewusst. Die "1,41%-Abgabe Ost" dient also nicht in irgendeiner Form der Altersversorgung, sondern als Sonderopfer der Ostbeschäftigten einzig der Sanierung des Landeshaushaltes. Diese Zwangsabgabe führt auch nicht zu einer "Einkommensangleichung" und mehr Gerechtigkeit, sondern vielmehr zu einer Vergrößerung der Ost-West-Unterschiede, wie Modellrechnungen belegen!

Was folgt daraus für die Beschäftigten?

Ein Jahr nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus ist klar: Höchstes Misstrauen ist auch den rot-roten Koalitionären gegenüber angebracht. Wer sein Verhältnis zum Thema Gerechtigkeit in so fragwürdiger Weise wie bei der „Einkommensangleichung“ dokumentiert, ist nicht redlicher und nicht glaubwürdiger als das CDU-SPD-Regierungspersonal der 90-er Jahre. Während die rot-roten Koalitionäre äußerst einseitig den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes tief in die Taschen greifen wollen, unternehmen sie keinerlei Anstrengungen, die Sanierung der Berliner Landesfinanzen zu einer gesamtstädtischen Aufgabe zu machen und dabei Banken und Unternehmen mit heranzuziehen. Aber genau diese Anstrengungen sind es, welche die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erwarten, wenn mit ihnen über einen „Solidarpakt“ gesprochen wird.

Dr. Kordula Schulz  
Vorsitzende des Gesamtpersonalrates

Berlin, 8.11.2002